

Wochenspiegel

17. - 23. Oktober 2020

Darüber diskutiert Frankreich

Seite 1/2

Nach der Enthauptung eines Lehrers auf offener Strasse hat die französische Regierung den Kampf gegen radikale Islamisten verstärkt. Der Geschichtslehrer war am 16. Oktober in der Nähe seiner Schule in Conflans-Sainte-Honorine, einem Pariser Vorort, von einem 18-jährigen Tschetschenen entthauptet worden. Er hatte zuvor mit seinen Schülern das Thema Meinungsfreiheit im Unterricht behandelt und dabei Mohammed-Karikaturen gezeigt. Eine staatliche Trauerfeier fand am 21. Oktober im Innenhof der Pariser Universität Sorbonne statt. Bereits am 18. Oktober waren in vielen französischen Städten tausende Franzosen in Gedenken an den Lehrer auf die Strasse gegangen. Derzeit befinden sich 15 Personen wegen Terrorverdacht und Aufruf zu Gewalt in Gewahrsam. Innenminister Gérald Darmanin gab die genaue Beobachtung von 51 muslimischen Verbänden bekannt. Im Pariser Vorort Pantin wurde eine Moschee geschlossen. Staatspräsident Emmanuel Macron kündigte ein hartes Durchgreifen der Regierung an: Die Angst müsse das Lager wechseln, so Macron.

Im Rahmen der Ermittlungen gegen mehrere Regierungsmitglieder, denen Fehler im Umgang mit der Corona-Krise vorgeworfen werden, wurden Wohnung und Büro von Gesundheitsminister Olivier Véran sowie des Generaldirektors für Gesundheit Jérôme Salomon durchsucht. Französische Untersuchungsrichter hatten Anfang Juli Ermittlungen gegen mehrere Regierungsmitglieder eingeleitet. Sie richten sich gegen Premierminister Jean Castex und seinen Vorgänger Édouard Philippe sowie die Verantwortlichen im Gesundheitsministerium. Mit den Ermittlungen betraut ist der Gerichtshof der Republik.

Die französische Regierung plant, den Gesundheitsnotstand bis einschließlich 16. Februar 2021 zu verlängern. Die Nationalversammlung wird ausnahmsweise am Samstag und Sonntag tagen, um über diesen Gesetzentwurf zu beraten, über den anschließend noch im Senat abgestimmt werden muss. Der Gesundheitsnotstand wurde am 17. Oktober durch ein einfaches Dekret wiedereingeführt und gilt vorerst bis zum 16. November. Die Verlängerung dieser Ausnahmeregelung über einen Monat hinaus erfordert eine Abstimmung im Parlament. Der während der Covid-19-Krise geschaffene Gesundheitsnotstand war bereits vom 23. März bis zum 10. Juli 2020 erklärt worden.

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat bei einem Treffen mit dem irakischen Regierungschef Mustafa al-Kasimi in Paris zugesichert, dass Frankreich in der internationalen Koalition gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) engagiert bleibt. Macron hatte den Irak Anfang September besucht. Französische Soldaten kämpfen im Rahmen der Militäroperation Chammal in der Region gegen Dschihadisten.

Die Nationalversammlung hat am 20. Oktober mit großer Mehrheit den ersten Teil des Staatshaushalts für 2021 verabschiedet. Er ist den Staatseinnahmen gewidmet und sieht eine Senkung der Produktionssteuern um 10 Milliarden Euro für Unternehmen zur Ankurbelung der Wirtschaft vor. Er wurde mit 349 zu 199 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. Der Text wurde von der parlamentarischen Mehrheit aus der Bewegung *La République en Marche*, dem zentristischen *Modem* sowie Vertretern von *Agir* unterstützt. Vertreter der bürgerlich-konservativen Partei *Les Républicains* sowie der Linksparteien stimmten gegen den Finanzplan. Der Staatshaushalt für 2021 konzentriert sich auf den Anfang September von der Regierung angekündigten Wiederaufbauplan in Höhe von 100 Milliarden Euro. Der Anteil der Staatsausgaben am BIP wird für 2021 auf 58,3% eingeschätzt.



DIE ZAHL DER WOCHE

38

Frankreich hat aufgrund der angespannten Gesundheitslage für 38 weitere Départements eine Ausgangssperre zwischen 21 und 6 Uhr eingeführt. Für 54 der insgesamt 102 französischen Départements gilt somit die höchste Alarmstufe. 46 Millionen Franzosen sind von der Maßnahme betroffen. Die Wirksamkeit der Ausgangssperre im Großraum Paris soll kommende Woche bewertet werden. Die Regierung stellte bereits striktere Maßnahmen in Aussicht. Am 22. Oktober verzeichnete Frankreich mit 41.000 Neuansteckungen einen neuen Rekord. Gesundheitsminister Olivier Véran verkündete, dass wöchentlich 1,6 Millionen Franzosen getestet werden. Die Regierung will nun wieder bewusster Infektionsketten rückverfolgen und hat die s.g. Tracing-App aktualisiert. Bisher wurden in Frankreich nur 823 Personen durch die App über eine mögliche Infektion informiert. Die erste Version der App war nach Ergebnissen einer Studie bis zum Sommer nur von 3,1% der Franzosen heruntergeladen worden.